

Niederschrift

über die Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
am Montag, **03.12.2012**, 16:05 Uhr - 17:07 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Meik Bolte , Edgar Drüge , Thomas Heitkämper Vertretung für Frau Marie-Theres Kastner,
Bruno Kleine Borgmann , Marliese Kosmider , Andreas Nicklas , Markus Welp ,

von der SPD-Fraktion

Juliane Brüggemann , Dr. Michael Jung , Petra Seyfferth , Robert von Olberg , Max Westrup
Vertretung für Herrn Michael Kleyboldt,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Guido Blanqué Vertretung für Frau Anne Naegels, Peter Fischer-Baumeister , Annette Kemper ,
Karl-Heinz Neubert ,

von der FDP-Fraktion

Dr. Karin Obst , Sandra Wübken ,

von der Fraktion DIE LINKE.

Raimund Köhn ,

Sachkundige Einwohner/innen

Elisabeth Wibben ,

von der Verwaltung

Hans-Werner Bruns , Lothar Dunkel , Klaus Ehling , Gerlinde Haase , Dr. Andrea Hanke , Frank
Hermanns , Rainer Kneilmann , Winfried Mörchen , Helmut Müller , Ulrich Rademacher , Aud
Riegel , Dr. Anna Ringbeck , Andreas Viehoff-Heithorn , Ludger Watermann , Anke Wermelt ,

für die Schriftführung

Winfried Engbert ,

Es fehlten:

Rixa Borns , Thomas Frings , Deler Saber , Rainer Timmer ,

Es fehlten:

Marie-Theres Kastner , Michael Kleyboldt , Anne Naegels ,

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 03.12.2012

Tagesordnung

V/0878/2012
V

V/0829/2012
IV

1. Eingänge und Eingaben
2. Mitteilungen und Berichte der Verwaltung
3. Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums in Münster
4. Künftige Unterbringung der VHS
5. Zuschüsse aus der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland-Ost 2012
6. Vorschläge aus der Vorlage 0589/2012 "Bürgerhaushalt 2012 - Einbringung der 102 bestplatzierten Bürgervorschläge"
7. Vorschläge aus der Vorlage 0702/2012 "Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017 (Teil 2)"
8. Beratung des Haushaltsplanes 2013 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2016
9. Anfragen/Anträge von Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Weiterbildung
10. Verschiedenes

Frau Dr. Obst eröffnet die Sitzung.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung einigt sich ohne Abstimmung darauf, die Beratung und Abstimmung Vorlage zu TOP 3 „Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums in Münster“ in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben.

Punkt 1 der Tagesordnung**Eingänge und Eingaben**

- keine -

Punkt 2 der Tagesordnung**Mitteilungen und Berichte der Verwaltung**

- keine -

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0878/2012****Einrichtung eines Kommunalen Integrationszent-
rums in Münster**

Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

**Punkt 4 der Tagesordnung
V/0829/2012****Künftige Unterbringung der VHS**

Frau Kemper begründet den von Ihrer Fraktion gestellten Ratsantrag Nr. 0048/2012 „Verlässliche Weiterbildung in Münster; Volkshochschule als kommunales Weiterbildungszentrum braucht eine sichere Arbeitsgrundlage“

Die Fraktionen der CDU und der SPD stellen folgenden gemeinsamen Antrag:

„Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung möge beschließen:

Punkt 1 - 3 wie Vorlage

4. Der Rat beschließt

- a. die Verwaltung zu beauftragen, verschiedene Neubauvarianten zu prüfen unter Berücksichtigung einer gemeinsamen Unterbringung der VHS mit der Westfälischen Schule für Musik, der schulpsychologischen Beratungsstelle und ggf. weiterer, mit der Nutzung fachlich und sachlich verträglicher Verwaltungseinheiten oder pädagogischer Einrichtungen. Gleichzeitig beauftragt der Rat die Verwaltung, mit der Westfälischen Bauindustrie GmbH ein einvernehmen herzustellen, dass das Ladenlokal Kettner vorläufig nur zwischenvermietet wird.
- b. die Verwaltung zu beauftragen, bis zur Ratssitzung am 6. Februar 2013 ein Konzept zu erstellen, wie die wegfallenden Räumlichkeiten der VHS im Gebäude Überwasserschule bis zur Entscheidung und Realisierung einer dauerhaften neuen Unterbringung provisorisch ersetzt werden können. Dabei sind sowohl Varianten darzustellen, in denen der Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ geschlossen in einem anderen Gebäude untergebracht wird, als auch solche, die eine Unterbringung von Modulen des Bereichs Projekte an unterschiedlichen Standorten umfassen.

5. Der Rat beschließt, dass die Flächen Herwarthstraße / Von-Steuben-Straße sowie Hörster Parkplatz für die Nutzung weiter in Betracht kommen und im Hinblick auf eine Nutzung durch die VHS und die weiteren Institutionen ausdrücklich in die Prüfung einbezogen werden.

6. Der Rat beschließt, dass für den derzeit im Aegidiimarkt untergebrachten Projektbereich die Raumbedarfe ermittelt werden und in das neue Konzept integriert werden.

7. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die finanziellen Auswirkungen der temporären Unterbringung bis zur Sitzung am 6. Februar 2013 zu konkretisieren und dabei eine Lösung sicherzustellen, deren Kosten unterhalb der bislang veranschlagten Summen liegen.“

Herr Dr. Jung begründet den gemeinsamen Antrag.

FDP stellt den Antrag, den Beschlusstext unter Punkt 4 wie folgt neu zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, als Ersatz für die bisher von der VHS in der Überwasserschule genutzten Räumlichkeiten nunmehr Unterbringungs- und Nutzungsmöglichkeiten in den anderen städtischen Schulgebäuden auszuweisen.

Die Beschlusspunkte 1 – 3, 5 und 7 sollen wie in der Vorlage angeführt bleiben. Der Beschlusspunkt 6 soll gestrichen werden.

Frau Dr. Obst begründet den Antrag.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellt den Antrag über die Vorlage wie in Beschlusspunkt 4 a dargestellt beschließen zu lassen.

Die SPD beantragt über die einzelnen Anträge abstimmen zu lassen.

Der Antrag der GAL wird mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, der SPD und der FDP gegen die Stimmen der GAL und der Fraktion „DIE LINKE“ abgelehnt.

Der Antrag der SPD wird mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, SPD und der FDP gegen die Stimmen der GAL und der Fraktion „DIE LINKE“ angenommen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung einigt sich darauf, die Beschlusspunkte der Vorlage einzeln abzustimmen.

Die in der Vorlage angegebenen Beschlusspunkte 1 – 3 werden mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der GAL und der Fraktion „DIE LINKE“ angenommen.

Der Antrag der FDP zu Beschlusspunkt 4 wird mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Der Beschlusspunkt 4 a wird in der nachfolgend angeführten Fassung mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, SPD und der FDP gegen die Stimmen der GAL und der Fraktion „DIE LINKE“ angenommen.

- a. die Verwaltung zu beauftragen, verschiedene Neubauvarianten zu prüfen unter Berücksichtigung einer gemeinsamen Unterbringung der VHS mit der Westfälischen Schule für Musik, der schulpsychologischen Beratungsstelle und ggf. weiterer, mit der Nutzung fachlich und sachlich verträglicher Verwaltungseinheiten oder pädagogischer Einrichtungen.

Gleichzeitig beauftragt der Rat die Verwaltung, mit der Westfälischen Bauindustrie GmbH ein einvernehmen herzustellen, dass das Ladenlokal Kettner vorläufig nur zwischenvermietet wird.

Der Beschlusspunkt 4 b wird in der nachfolgend angeführten Fassung mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, SPD und der FDP gegen die Stimmen der GAL und der Fraktion „DIE LINKEN“ angenommen.

- b. die Verwaltung zu beauftragen, bis zur Ratssitzung am 6. Februar 2013 ein Konzept zu erstellen, wie die wegfallenden Räumlichkeiten der VHS im Gebäude Überwasserschule bis zur Entscheidung und Realisierung einer dauerhaften neuen Unterbringung provisorisch ersetzt werden können. Dabei sind sowohl Varianten darzustellen, in denen der Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ geschlossen in einem anderen Gebäude untergebracht wird, als auch solche, die eine Unterbringung von Modulen des Bereichs Projekte an unterschiedlichen Standorten umfassen.

Die Beschlusspunkte 5 und 6 werden in der nachfolgend angeführten Fassung mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, SPD und der FDP gegen die Stimmen der GAL und der Fraktion „DIE LINKEN“ angenommen.

5. Der Rat beschließt, dass die Flächen Herwarthstraße / Von-Steuben-Straße sowie Hörster Parkplatz für die Nutzung weiter in Betracht kommen und im Hinblick auf eine Nutzung durch die VHS und die weiteren Institutionen ausdrücklich in die Prüfung einbezogen werden.

6. Der Rat beschließt, dass für den derzeit im Aegidiimarkt untergebrachten Projektbereich die Raumbedarfe ermittelt werden und in das neue Konzept integriert werden.

Der Beschlusspunkt 7 wird in der nachfolgend angeführten Fassung mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der GAL, der FDP und der Fraktion „DIE LINKEN“ angenommen.

7. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die finanziellen Auswirkungen der temporären Unterbringung bis zur Sitzung am 6. Februar 2013 zu konkretisieren und dabei eine Lösung sicherzustellen, deren Kosten unterhalb der bislang veranschlagten Summen liegen.“

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt zur Kenntnis,

1. dass, zum Schuljahr 2013/14, eine Fläche von 1235 m² für die VHS durch den Wegfall des Standortes „Überwasser“ dort nicht mehr zur Verfügung steht,
2. dass zur Aufrechterhaltung des Bildungsprogramms der VHS auf Ersatzflächen nicht vollständig verzichtet werden kann und
3. dass die Entscheidung über die notwendig werdenden Ersatzflächen bis Ende 2012 erfolgen muss, um für die VHS einen ausreichenden Vorlauf für die Programmplanung sicherzustellen.
4. Der Rat beschließt,

- a. die dauerhafte Unterbringung des Kernbereiches der VHS (ohne den Projektbereich) am renovierten Standort Aegidiimarkt zzgl. einer Erweiterung einer anzumietenden Fläche von rd. 770 m² (ehemals Fa. Kettner)

oder

- b. die Verwaltung zu beauftragen, verschiedene Neubauvarianten zu prüfen unter Berücksichtigung einer gemeinsamen Unterbringung der VHS mit der Westfälischen Schule für Musik und ggf. der schulpsychologischen Beratungsstelle und deshalb zum Erhalt der Option einer Gesamtlösung im Aegidiimarkt, die Erweiterungsfläche (ehemals Fa.Kettner) zunächst für die Dauer von 3 Jahren anzumieten zzgl. 3-maliger einjähriger Option und für eine vorübergehende Nutzung herzurichten.
- 5. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Flächen Herwarthstraße/von-Steuben-Straße sowie Hörster Parkplatz aus wirtschaftlichen und stadtstrukturellen Gründen für die geänderte Nutzung nicht in Betracht kommen und deshalb nicht weiter verfolgt werden.
- 6. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass für den derzeit im Aegidiimarkt untergebrachten Projektbereich alternative Unterbringungsszenarien in Abhängigkeit von der künftigen organisatorischen Anbindung und Konzeption zu entwickeln sind.

Finanzierung

- 7. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die finanziellen Auswirkungen der Varianten 4a und 4 b in der parallelen nichtöffentlichen Vorlage Nr. V/0830/2012 dargestellt sind.

In der nachfolgenden Abstimmung empfiehlt der Ausschuss für Schule und Weiterbildung dem Rat mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der GAL und der Fraktion „DIE LINKEN“ bei Enthaltung der FDP, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat nimmt zur Kenntnis,

- 1. dass, zum Schuljahr 2013/14, eine Fläche von 1235 m² für die VHS durch den Wegfall des Standortes „Überwasser“ dort nicht mehr zur Verfügung steht,
- 2. dass zur Aufrechterhaltung des Bildungsprogramms der VHS auf Ersatzflächen nicht vollständig verzichtet werden kann und
- 3. dass die Entscheidung über die notwendig werdenden Ersatzflächen bis Ende 2012 erfolgen muss, um für die VHS einen ausreichenden Vorlauf für die Programmplanung sicherzustellen.
- 4. Der Rat beschließt,
 - a. die Verwaltung zu beauftragen, verschiedene Neubauvarianten zu prüfen unter Berücksichtigung einer gemeinsamen Unterbringung der VHS mit der Westfälischen Schule für Musik, der schulpsychologischen Beratungsstelle und ggf. weiterer, mit der Nutzung fachlich und sachlich verträglicher Verwaltungseinheiten oder pädagogischer Einrichtungen. Gleichzeitig beauftragt der Rat die Verwaltung, mit der Westfälischen Bauindustrie GmbH ein einvernehmen herzustellen, dass das Ladenlokal Kettner vorläufig nur zwischenvermietet wird.
 - b. die Verwaltung zu beauftragen, bis zur Ratssitzung am 6. Februar 2013 ein Konzept zu erstellen, wie die wegfallenden Räumlichkeiten der VHS im Gebäude Überwasserschule bis zur Entscheidung und Realisierung einer dauerhaften neuen Unterbringung provisorisch ersetzt werden können. Dabei sind sowohl Varianten darzustellen, in denen der Bereich „Deutsch als Fremdsprache“ geschlossen in einem anderen Gebäude untergebracht wird, als auch solche, die eine Unterbringung von Modulen des Bereichs Projekte an unterschiedlichen Standorten umfassen.

5. Der Rat beschließt, dass die Flächen Herwarthstraße / Von-Steuben-Straße sowie Hörster Parkplatz für die Nutzung weiter in Betracht kommen und im Hinblick auf eine Nutzung durch die VHS und die weiteren Institutionen ausdrücklich in die Prüfung einbezogen werden.

6. Der Rat beschließt, dass für den derzeit im Aegidiimarkt untergebrachten Projektbereich die Raumbedarfe ermittelt werden und in das neue Konzept integriert werden.

7. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die finanziellen Auswirkungen der temporären Unterbringung bis zur Sitzung am 6. Februar 2013 zu konkretisieren und dabei eine Lösung sicherzustellen, deren Kosten unterhalb der bislang veranschlagten Summen liegen.“

Punkt 5 der Tagesordnung

Zuschüsse aus der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland-Ost 2012

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/ GAL stellt den Antrag die Haushaltsberatungen zu vertagen. Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/ GAL und der Fraktion „DIE LINKE“ abgelehnt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/ GAL und die Fraktion „DIE LINKE“ verlassen daraufhin den Sitzungssaal.

Die FDP beantragt, die gesamten zur Verfügung stehenden Mittel aus der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland-Ost in den Haushalt einfließen zu lassen.

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der FDP folgende Zuschüsse:

Nr.	Antragsteller	Projekt	beantragt	bewilligt
416	mittendrin e.V.	Praxiskongress Berg Fidel	2000	2000
431	Regionalgruppe Münster vom Bundesverband Meditation e.V.	2. Münsteraner Streitschlichtertag	2300	2300
433	Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V.	Mut zum Lesen	4295	2147,5
449	Gymnasium Paulinum	Theaterprojekt "Himmel und Hölle"	14800	2780
473	Hauptschule Coerde	Musikklasse Inklusiv	3000	3000
475	Geistschule	Radsport an der Geistschule	4000	2000
476	Annette-von-Droste-Hülshoff- Gymnasium	Renovierung des Schülerprobenraums	7000	7000
483	Amt 40 Stadtteilwerkstatt Nord	Fit und Gesund für Ausbildung und Beruf	2500	2500
517	Waldschule Kinderhaus	Umwelterziehung vor Ort	8500	3000
542	Annette-von-Droste-Hülshoff- Gymnasium	Finanzierung einer Aufsichtskraft in der schulischen Mediothek	3500	3500
551	Münsters Experimentierlabor	Die Frau der Ringe	6250	6250
563	Verein zur Förderung der Hellen-Keller- Schule e.V.	Verbesserung der Ausstattung für den naturwissenschaftlichen Unterricht	8200	8200

Die Anträge 418, 488, 498, 510, 555, 571 und 580 wurden nicht aufgegriffen und erhalten somit keinen Zuschuss.

Punkt 6 der Tagesordnung	Vorschläge aus der Vorlage 0589/2012 "Bürgerhaushalt 2012 - Einbringung der 102 bestplatzierten Bürgervorschläge"
---------------------------------	--

Vom Ausschuss für Schule und Weiterbildung wird über die nachfolgend angeführten Vorschläge wie folgt abgestimmt:

1. **Vorschlag 177 „Vier eingesparte Stellen für die Musikschule wiederbesetzen“**
Die Verwaltung schlägt vor, dass der Vorschlag nicht aufgegriffen werden soll.
Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und den Vorschlag nicht aufzugreifen.
2. **Vorschlag 340 „Bündelung des Musikunterrichts“**
Die Verwaltung schlägt vor, dass der Vorschlag aufgegriffen werden soll.
Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung nicht zu folgen und den Vorschlag **nicht** aufzugreifen.
3. **Vorschlag 363 „Mehr Mittel zur Eigenbewirtschaftung für Schulen“**
Die Verwaltung schlägt vor, dass der Vorschlag in den laufenden Entscheidungs-/ Planungsprozess einfließt.
Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und den Vorschlag in den laufenden Entscheidungs-/ Planungsprozess einfließen zu lassen.

Punkt 7 der Tagesordnung**Vorschläge aus der Vorlage 0702/2012 "Nachhaltige kommunale Haushaltspolitik - Handlungsprogramm 2012 bis 2017 (Teil 2)"**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung fasst folgende Beschlüsse:

Maßnahme 104 „Kürzung Schuletats um 5 %“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der FDP den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Maßnahme 105 „Reduzierung der Angebote durch Begrenzung auf einen „Zuschussbedarf“ von maximal 20.000,- € ab 2016“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der FDP den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Maßnahme 106 „Einstellung der Förderung für den Schüleraustausch anmünsterschen Schulen ab dem Schuljahr 2015/2016

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag aufzugreifen.

Maßnahme 107 „Kündigung des Vertrages zur Führung der Stadtbildstelle durch das Landesmedienzentrum des LWL über den 31.12.2013 „

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag aufzugreifen.

Maßnahme 108 „Aufgabe des Kreisverbandsgeschäftsführung beim Volksbund ab 2014“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag aufzugreifen.

Maßnahme 110 „Reduzierung der Overhaedkosten Amt 40“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag aufzugreifen.

Maßnahme 111 „Kürzungen beim Medienentwicklungsplan“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, die für 2013 die vorgeschlagene Kürzung. In den Jahren 2014 – 2017 wird die Kürzung einstimmig auf 100.000,- € festgesetzt. Die Kürzung darf aber nicht bei den Grundschulen erfolgen.

Maßnahme 112 „Reduzierung der Personalkosten im Bereich Statistik um 0,5 Stelle“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag aufzugreifen.

Maßnahme 113 „Reduzierung der Personalkosten im Bereich Schulbau um 0,5 Stelle

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag aufzugreifen.

Maßnahme 114 „Aufgabe des Schulstandortes Loevelingloh“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag **nicht** aufzugreifen.

Maßnahme 115 „Aufgabe des Schulstandortes Geistschule“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag **nicht** aufzugreifen.

Maßnahme 116 „Reduzierung Hausmeister/Sekretärinnen

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der FDP den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Maßnahme 117 „Einstellung der Beförderung mit dem Schulbus bei weiterer Bereitstellung der pflichtigen Schülerfahrkosten ab dem Schuljahr 2013/2014

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag **nicht** aufzugreifen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, bis zur Neuverhandlung über die Verträge der Schülerbeförderung,

- darzustellen, welche Schulorganisationsmodelle mit dem Ziel der Einsparung von Fahrten möglich sind
- und zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, im Bereich der freiwilligen Fahrten Elternbeiträge zu erheben.

Maßnahme 118 „Umwandlung des hauptamtlichen Lotsendienstes in einen nebenamtlichen an der Richard-von-Weizsäcker-Schule“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag aufzugreifen.

Maßnahme 119 „Streichung ein 0,5 Verwaltungskraft in der Schulpsychologischen Beratungsstelle“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der FDP, lediglich eine Streichung von einer 0,25 Stelle vorzunehmen.

Maßnahme 120 „Streichung einer 1,0 Schulpsychologenstelle“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag **nicht** aufzugreifen.

Maßnahme 121 „Einstellung des BAFF-Projektes“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag aufzugreifen.

Maßnahme 122 „Reduzierung der Personalkosten im Bereich Übergang Schule-Beruf

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag aufzugreifen.

Maßnahme 123 „Aufgabe des Angebots von 1€-Jobs bei städtischen Ämtern

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag **nicht** aufzugreifen.

Maßnahme 124 „Einschränkung der Bildungsberatung“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der FDP den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Maßnahme 125 „Auslaufende Schließung PTA-Lehranstalt ab dem 01.09.2015

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der FDP den Vorschlag nicht aufzugreifen.

Maßnahme 126 „Entgelterhöhung an der VHS

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag aufzugreifen.

Maßnahme 139 „Verzicht auf Verlängerung des Modellprojekts „JeKi“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der FDP, den Vorschlag **nicht** aufzugreifen.

Maßnahme 140 „Halbieren der Geschwisterermäßigung“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag **nicht** aufzugreifen.

Maßnahme 141 „Verzicht auf den Einsatz FSJler – Kultur“

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt einstimmig, den Vorschlag **nicht** aufzugreifen.

Punkt 8 der Tagesordnung

Beratung des Haushaltsplanes 2013 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2016

Die Fraktionen der CDU und der SPD stellen folgenden Antrag:

„Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung möge beschließen:

Die Ludgerusschule Hiltrup erhält einen Erweiterungsbau zum Ersatz der derzeit genutzten Containerklassen. Dafür werden im Investitionsplan im Jahr 2013 500.000 Euro und im Jahr 2014 500.000 Euro eingestellt. Die Ausgaben werden mit einem Sperrvermerk versehen bis zur Freigabe im ASW bzw. AFBL. Die Verwaltung wird verpflichtet, gemäß Ratsbeschluss eine 20 %-Reduktionsvariante mitzuplanen und zur Entscheidung vorzulegen.

Finanzielle Auswirkungen:

Folgelastenberechnung (Ermittlung der haushaltsrelevanten Erträge und Aufwendungen)

Aufgestellt am: 21.11.2012

Amt: 23

A. Investitionsmaßnahme

Bezeichnung: Erweiterung der Ludgerusschule Hiltrup in Massivbau als Ersatz für die Fertigbauklassen

Finanzstelle(n):

Jahr der Fertigstellung: 2014

Nutzungsdauer Hochbau: 80 Jahre

Nutzungsdauer Beschaffungen: 20 Jahre

B. Kapitalbedarf / Finanzierung Euro

1. Zuschüsse und Zuweisungen 0,00

2. Beiträge 0,00

3. Eigenkapital Stadt Münster 1.000.000,00

Gesamt-Kapitalbedarf 1.000.000,00

C. Gesamtkosten der Investitionsmaßnahme Euro

1. Grund und Boden 0,00

2. Baukosten 935.000,00

3. Beschaffungen (ohne Fahrzeuge) 65.000,00

4. Fahrzeuge 0,00

Gesamtkosten 1.000.000,00

D. Folgeaufwendungen pro Jahr ab Haushaltsjahr: Euro

Sach- und Dienstleistungen, Zeile 13 Ergebnisplan

- 1. Instandhaltung der Grundstücke und baul. Anlagen 2014 11.220,00
- 2. Instandhaltung des Infrastrukturvermögens 0,00
- 3. Instandhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens 0,00
- 4. Haltung von Fahrzeugen 0,00
- 5. Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen 11.112,00
- Zwischensumme 22.330,00 39,86

Bilanzielle Abschreibungen, Zeile 14 Ergebnisplan

- 6. Bilanzielle Abschreibungen 2014 14.940,00

Sonstige ordentliche Aufwendungen, Zeile 16 Ergebnisplan

- 7. Mieten und Pachten 0,00
- 8. Sonstige Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen 0,00
- Zwischensumme 0,00

Zinsen, Zeile 20 Ergebnisplan

9. Fremdkapitalzinsen 2014 18.750,00

NACHRICHTLICH: Zinsen (3,75 %) 18.750 € p.a.

+ Tilgung (3 %) 30.000 € p.a.

= Schuldendienst 48.750 € p.a.

Summe Folgeaufwendungen 56.020,00

E. Folgeerträge pro Jahr Ab Haushaltsjahr: Euro

1. Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke 0,00

2. Auflösung Sonderposten 0,00

3. Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte 0,00

4. Mieten und Pachten 0,00

5. Sonstige Verwaltungs- und Betriebserträge 0,00

Summe Folgeerträge 0,00

F. Entfallende Aufwendungen pro Jahr 27.590,00 Kosten für den jetzigen Pavillon

G: Entfallende Erträge pro Jahr 0,00

H. Folgelasten (D - E - F + G) pro Jahr Euro

insgesamt 28.430,00

in % der Gesamtkosten (vgl. C) 2,84

I. Folgeinvestitionen Zeitpunkt Euro: ./.

J. Erläuterungen

Durch den Abriss der Fertigbauklassen entsteh im Jahr 2014 eine Sonderabschreibung in Höhe von 102.670 €.

Die einzelnen Beträge sind kaufmännisch auf ganze Zahlen gerundet; Zwischen- und Gesamtsummen zum Ausweis im Teilergebnisplan sind kaufmännisch auf volle 10 €- Beträge gerundet.“

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Fraktionen der CDU und der SPD stellen folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung möge beschließen:

Zur Finanzierung einer halben Schulsozialarbeiterstelle für die Sekundarschule Roxel werden folgende Haushalts-Mittel bereitgestellt:

20.000 Euro in 2013,

13.000 Euro in 2014,

7.000 Euro in 2015.

Dabei geht der Ausschuss davon aus, dass die zur Finanzierung einer halben Stelle Schulsozialarbeit fehlenden Mittel aus kapitalisierten Lehrerstelle-Anteilen von der Schule bis 2015 anteilig und ab dem Schuljahr 2015/16 vollständig eingebracht werden.

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der FDP angenommen.

Die Fraktionen der CDU und der SPD stellen folgenden Antrag:

„1. Schulsozialarbeit

Die Verwaltung wird aufgefordert, so rechtzeitig ein Konzept vorzulegen, wie die Zuteilung von Schulsozialarbeit den sich ändernden Schülerzahlen und Bedarfen angepasst werden kann, dass Veränderungen zum kommenden Schuljahr in Kraft treten können.

2. OGTS

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis Mai 2013 ein Konzept vorzulegen, wie die Betreuung in der OGTS verstärkt an freie Träger vergeben werden kann.

3. Baubereich

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis Mai 2013 ein Konzept vorzulegen, wie die Fragen des Schulbaus organisatorisch so vereinheitlicht und zusammengeführt werden können, dass nur noch ein Amt für die Planung, den Bau und die Unterhaltung von Schulgebäuden zuständig ist.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die FDP stellt folgenden Antrag:

Haushalt 2013
Prioritätenliste für Schulsanierungen

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung möge beschließen:

Die Verwaltung erarbeitet bis zum nächsten Frühjahr einen einheitlichen Prioritätenkatalog für Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen an Schulen. Dieser berücksichtigt insbesondere a) Die Erneuerung von Fachräumen, b) weitere Baumaßnahmen, c) Inklusionsausstattung und d) die Einrichtung von Selbstlernzentren.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Punkt 9 der Tagesordnung

Anfragen/Anträge von Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Weiterbildung

1. Antrag der SPD-Fraktion zur VHS

Die SPD-Fraktion hatte in der Sitzung des ASW am 23.10.2012 folgenden Antrag gestellt: „Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung möge beschließen: Die Verwaltung wird beauftragt, alle möglichen Schritte einzuleiten, dass der Bereich der arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen im Auftrag des Jobcenters auch im Jahr 2013 an der VHS weiter fortgeführt werden kann. Ziel ist es, dass die VHS weiter mit der Durchführung der Angebote beauftragt werden kann.“ Herr Dr. Jung bittet um Mitteilung des Bearbeitungsstandes des Antrages.

Herr Ehling erklärt dazu, dass die Verwaltung zurzeit in neuen...

2. Antrag der CDU-Fraktion zur VHS

Die CDU-Fraktion hat in der Sitzung des ASW am 23.10.2012 folgenden Antrag gestellt: „Der Schulausschuss möge beschließen: Die Volkshochschule Münster (VHS) wird beauftragt, im Zuge des anstehenden Umzugs in andere Räumlichkeiten ein fundiertes inhaltliches Konzept für die zukünftige Arbeit vorzulegen. Dieses Konzept soll sich programmatisch und organisatorisch mit den aktuellen und zukünftigen Bildungsschwerpunkten bzw. -anforderungen in Münster auseinandersetzen. Dabei soll besonders reflektiert werden, ob und wie sich die Nachfrage der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geändert hat bzw. ändern wird. Erst wenn ein solches Konzept vorliegt und beschlossen wurde, kann sich eine bedarfsorientierte Raumplanung für die VHS anschließen.“

Um die Diskussion um die Zukunft der VHS nach vorne zu bringen, bittet die CDU Fraktion um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Standardprogramme, die in den 70er und 80er Jahren begonnen wurden, sind heute noch für größere Benutzerkreise sinnvoll, welche können weggelassen oder von anderen Bildungseinrichtungen übernommen werden? Dies gilt insbesondere für die vielfältigen Institutionen, die im Bereich der Medienerziehung tätig sind, deren Ausstattung recht teuer ist.
2. Welche Möglichkeiten sieht die VHS, die Internet-affinen Teile der Bevölkerung durch Nutzung der neuen Medien (facebook, Twitter und Co, Apps, smartphonefähige Programm-Downloads..) zu erreichen und für sich zu interessieren? Welche Möglichkeiten des E-Learnings werden angestrebt?
3. In welcher Weise kann die VHS durch Angebote im Bereich Gesundheitsprävention, Lifestyle, Kultur und Kreativität Einnahmen für defizitäre Bereiche erwirtschaften?
4. Wie kann die VHS unter dem Motto „heute lernen - morgen anwenden“ ihr eigentliches Kerngeschäft der Wissensvermittlung stärken? Dazu gehören insbesondere Firmenschulungen, beispielsweise in den Bereichen EDV/IT, Sprachen, Gesundheitsprävention und Kommunikation. Solche Schulungen können den Abnehmern mit Förderinstrumenten wie „Bildungsscheck NRW“ und „Bildungsprämie des Bundes“ ein „Mehrwertpaket“ bieten, das bis zu 50 Prozent vom Staat subventioniert wird. Darüber hinaus können über den „Türöffner Firma“ auch die Mitarbeiter erreicht werden, die ansonsten nicht die VHS für eine Fortbildung genutzt hätten, da sie z. B. mit der VHS mehr Freizeitbildung assoziieren.
5. Welches finanzielle Konzept wird zugrunde gelegt, um kostendeckend zu arbeiten? Dabei muss der Anspruch „Bildung für alle“ besonders bildungsfernen und einkommensschwachen Menschen bezahlbare bzw. im begründeten Einzelfall auch kostenlose Bildungsangebote bieten. Eine generelle Subventionierung von Bildungsangeboten, also auch für Bürgerinnen und Bürgern, die finanziell besser gestellt sind, leitet sich aus diesem Anspruch nicht ab.
6. Wie hat sich die Zusammenarbeit zwischen VHS und Jobcenter vor dem Hintergrund geänderter Vergaberichtlinien in den vergangenen Jahren entwickelt und wie wird diese perspektivisch gesehen? Gibt es Bestrebungen der VHS, bei bestimmten Fortbildungen in diesem Bereich, z. B. Entwicklung von Arbeitsfähigkeit, eine engere Zusammenarbeit mit dem Jobcenter anzustreben? Lässt sich dieser Bereich perspektivisch auch räumlich beim Jobcenter andocken?

7. Welche Aufgaben und Kursangebote der VHS können genauso gut oder besser bzw. preiswerter von Familienbildungsstätten oder anderen Anbietern, z. B. Sportvereinen übernommen werden? Wie kann die VHS ihre Kunden, beispielsweise Gymnastik- oder Peking-Gruppen dorthin vermitteln?
8. Inwieweit entsprechen die Organisationsstrukturen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den aktuellen Erfordernissen? Wie wird dies bei VHS in anderen Kommunen gehandhabt und welche Erfahrungen wurden dort gemacht?
9. Welche Überlegungen, auch vor dem Hintergrund des Demografischen Wandels und einer älter werdenden Gesellschaft, gibt es zu einer Dezentralisierung der Angebote in den einzelnen Stadtteilen?
10. Wie soll die „Bildungsberatung mit beruflicher Ausrichtung“ strukturiert werden? Die Landesregierung plant eine gezielte Förderung für die „aufsuchende Beratung und Versorgung“ von Zielgruppen, wie etwa Migranten und Menschen ohne Schul- oder Ausbildungsabschluss, um so aktiv den Gesetzesauftrag umzusetzen, Menschen mit Bildung zu versorgen, die keine Beziehung zum Thema „Weiterbildung“ haben und insgesamt die Weiterbildungsbereitschaft der Bevölkerung sukzessive durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu steigern.

Frau Kosmider bittet um Mitteilung des Bearbeitungsstandes des Antrags.

Frau Dr. Hanke teilt mit, dass der Antrag in der Bearbeitung sei. Die Verwaltung möchte aber die neue Leitung der VHS bei der Bearbeitung des Antrages beteiligen.

3. Sanierung Aula am Johann-Conrad-Schlaun-Gymnasium

Herr Niklas fragt an, ob und wann mit einer Sanierung der Aula am Johann-Conrad-Gymnasium zu rechnen sei.

Frau Dr. Hanke erklärt, dass bei einer Sanierung nicht nur die Aula sondern die ganze Schule zu betrachten sei. Die Verwaltung habe der Politik die Gutachten und Zahlen einer Sanierung zur Verfügung gestellt. Nun sei es die Entscheidung der Politik, in welchem Rahmen eine Sanierung durchgeführt werde.

Punkt 10 der Tagesordnung

Verschiedenes

- keine Wortmeldung -

Dr. Karin Obst
Vorsitz

Winfried Engbert
Schriftführung